IMT Nuremberg Archives

H – 1917

International Court of Justice

H1917 – 0001

H1917 - 0002

Nürnberg, den 12. Juni 1946

# Bestätigung

Ich bestätige, dass der anliegende Auszug aus dem Werk

"Dokumente der deutschen Politik", Band 1,1935,
Junker und Dünnhaupt Verlag / Berlin,

richtig abgeschrieben ist.

Das Werk ist im Documentation Division, Library des I.M.T. vorhanden.

Dr. Kubuschok

(Dr. Kubuschok)

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NUREMBERG, GERMANY
U.P. Exhibit 60
Filed 6/12/46

v.Papen Dok.60

Auszug aus:

"Dokumente der deutschen Politik"

Band 1

1935

Junker und Dünnhaupt Verlag /Berlin.

147

Seite 106

## Aufruf des Führers zum Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund.

## 14.Oktober 1933.

An das deutsche Volk!

Erfüllt von dem aufrichtigen Wunsche, das Werk des friedlichen inneren Wiederaufbaues unseres Volkes, seines politischen und wirtschaftlichen Lebens durchzuführen, haben sich ehemals deutsche Regierungen im Vertrauen auf die Zubilligung einer würdigen Gleichberechtigung bereit erklärt, in den Völkerbund einzutreten und an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen.

Deutschland wurde dabei bitter enttäuscht.

Trotz unserer Bereitwilligkeit, die schon vollzogene deutsche Abrüstung, wenn nötig, jederzeit bis zur letzten Konsequenz fortzuführen, konnten sich andere Regierungen nicht zur Einlösung der von ihnen im Friedensvertrag unterschriebenen Zusicherungen entschliessen.

Durch die bewußte Verweigerung einer wirklichen moralischen und sachlichen Gleichberechtigung Deutschlands wurden das deutsche Volk und seine Regierungen immer wieder auf das schwerste gedemütigt.

Nachdem sich die Reichsregierung nach der am 11.Dezember 1932 ausdrücklich festgelegten deutschen Gleichberechtigung neuerdings bereit erklärt hatte, an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen, wurde nunmehr durch die offiziellen Vertreter der anderen Staaten in öffentlichen Reden und direkten Erklärungen an den Reichsaußenminister und unsere Delegierten mitgeteilt, daß dem derzeitigen Deutschland diese Gleichberechtigung zur Zeit nicht mehr zugebilligt werden könnte.

Da die deutsche Reichsregierung in diesem Vorgehen eine ebenso ungerechte wie entwürdigende Diskriminierung des deutschen Volkes erblickt, sieht sie sich außerstande, unter solchen Umständen als rechtlose und zweitklassige Nation noch weiterhin an den Verhandlungen teilzunehmen, die damit nur zu neuen Diktaten führen könnten.

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
U.P. Exhibit 60
Filed 6/11/46

H1917 - 0003

148

Indem die deutsche Reichsregierung daher erneut ihren unerschütterlichen Friedenswillen bekundet, erklärt sie angesichts dieser demütigenden und entehrenden Zumutungen zu ihrem tiefsten Bedauern, die Abrüstungskonferenz verlassen zu müssen. Sie muß deshalb auch ihren Austritt aus de Völkerbund anmelden.
Sie legt diese ihre Entscheidung, verbunden mit einem neuen Bekenntnis für eine Politik aufrichtiger Friedensliebe und Verständigungsbereitschaft, dem deutschen Volke zur Stellungnahme vor und erwartet von ihmeine Bekundung gleicher Friedensliebe und Friedensbereitschaft, aber auch gleicher Ehrauffassung und gleicher Entschlossenheit.

Ich habe daher als Kanzler des Deutschen Reiches dem Herrn Reichspräsidenten vorgeschlagen, zum sichtbaren Ausdruck des einmütigen Willens von Regierung und Volk diese Politik der Reichsregierung der Nation zur Volksabstimmung vor zulegen, den Deutschen Reichstag aufzulösen, um dem deutschen Volk damit die Gelegenheit zu bieten, jene Abgeordneten zu wählen, die als geschworene Repräsentanten dieser Politik des Friedens und der Ehrenhaftigkeit dem Volke die Garantie einer unentwegten Vertretung seiner Interessen in diesem Sinne zu geben vermögen.
Als Kanzler des deutschen Volkes und Führer der nationalsozialistischen Bewegung bin ich überzeugt, daß die ganze Nation geschlossen wie ein Mann hinter ein Bekenntnis und einen Entschluß tritt, die ebensosehr der Liebe zu unserem Volke und der Achtung vor seiner Ehre entspringen, wie auc der Überzeugung, daß die für alle so notwendige endliche Weltbefriedung nur erreicht werden kann, wenn die Begriffe Sieger und Besiegte abgelöst werden von der edleren Auffassung der gleichen Lebensrechte aller.

H1917 - 0004

H-1917

V. PAPEN EXH. 60

Filed June 17, 1946
H B Mixing
Secy.

V. P A P E N DOK. NR. 60

V. Papen Exh. 60

H1917 - 0005